

Forschen und Lehren über Europa aus ökonomischer Sicht

Fritz Breuss

Europainstitut
WU-Wien

Fritz.Breuss@wu-wien.ac.at

Beitrag zur Festschrift für Heinrich Neisser
zum Thema:

„Europäisch Denken und Lehren“
Anton Pelinka und Fritz Plasser (Hrsg.),
Innsbruck University Press, 2007, S. 51-58

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Welche Rolle spielen die Ökonomen bei der europäischen Integration?.....	3
3. Der österreichische EU-Beitritt als Anstoß zur Europaforschung	5
4. Das schwindende Interesse an Europa	9
5. Quo vadis Europa?	11
6. Literatur	12

1. Einleitung

Herr Professor Heinrich Neisser ist in der österreichischen Politiklandschaft ein Begriff. Ich persönlich bin ihm schon früh auf wissenschaftlicher Ebene begegnet. Ich hatte die Ehre, im Signum-Verlag 1983 zunächst meine spätere Habilitation mit dem Titel „*Österreichs Außenwirtschaft 1945-1982*“ und dann 1988 – zusammen mit Jan Stankovsky - das erste grundlegende Buch über „*Österreich und der EG-Binnenmarkt*“ zu publizieren. Herr Neisser war damals Präsident des Vereins für Sozial- und Wirtschaftsforschung, der Bücher im Signum-Verlag in Wien herausgab. Herr Neisser ließ es sich nicht nehmen, die jeweils neuesten Bücher dieses Verlags zusammen mit den Autoren der Presse vorzustellen.

Da sich die genannten Bücher schon früh mit Fragen der Europäischen Integration aus österreichischer Sicht beschäftigten, hat mir Herr Neisser über seine Unterstützung meiner Publikationstätigkeit die Tür zur Europaforschung aus ökonomischer Sicht geöffnet. Dafür sei ihm an dieser Stelle recht herzlich gedankt. Es ist mir daher eine besondere Ehre und Auszeichnung, einen kurzen Beitrag zu seiner Festschrift leisten zu dürfen.

Als Jean Monnet Professor für wirtschaftliche Aspekte der Europäischen Integration am Europainstitut der WU-Wien, der Europafragen aus ökonomischer Sicht erforscht und lehrt, möchte ich in meinem kurzen Beitrag nach dieser Einleitung vier Themen diskutieren:

- Welche Rolle spielen die Ökonomen bei der europäischen Integration?
- Der österreichische EU-Beitritt als Anstoß zur Europaforschung
- Das schwindende Interesse an Europa, und
- Quo vadis Europa?

Meine Darstellung wird sehr subjektiv sein und – ganz im Sinne des Titels der Festschrift – meinen Werdegang vom Außenhändler zum Europäer in Forschung und Lehre skizzieren. Mein Werdegang auf diesem Gebiet war eine Art „Parallelaktion“ zum Prozess des österreichischen EU-Beitritts.

2. Welche Rolle spielen die Ökonomen bei der europäischen Integration?

Wie auf vielen wissenschaftlichen Gebieten scheint es auch in der Europaforschung so etwas wie einen fachspezifischen Egozentrismus zu geben. Juristen behaupten, dass die Europäische Integration ein „juristisches“ Projekt sei, Politologen beanspruchen dasselbe für ihr Fachgebiet und die Ökonomen scheinen auf der Strecke zu bleiben. Gerade heuer feiert die Europäische Union mit der Erinnerung an die Unterzeichnung der Römer Verträge ihr 50-jähriges Jubiläum. Zwar liegen die Ursprünge früher (Schuman-Erklärung am 9. Mai 1950 auf Initiative Jean Monnets als Vorläufer des EGKS-Vertrages von 1952), aber die vertraglich Basis der heutigen Union schuf eine „*Europäische Wirtschaftsgemeinschaft*“ – EWG – und nicht eine juristische Gelehrtenrepublik und auch damals noch nicht die Vereinigten Staaten von Europa (United States of Europe - USE). Wie schwer sich Europa mit diesem den USA vergleichbaren politischen Endziel tut, haben die Krämpfe mit und rund um den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ (VVE) deutlich gezeigt. Einem die bisherigen Verträge vereinigenden recht gut lesbaren Dokument wie dem VVE wird nun ein in seiner (juristischen) Komplexität kaum überblickbarer „Reformvertrag“ als Kompromiss folgen.

Da das politische Endziel der USE auf absehbare Zeit Illusion bleiben wird, reduzieren sich die gegenwärtigen Integrationsaktivitäten in Europa auf eine Vertiefung der wirtschaftlichen Integration durch einen besser als derzeit funktionierenden Binnenmarkt und letztlich durch eine Wirtschafts- und Währungsunion, in der alle EU-Mitgliedstaaten bereit sind, den Euro zu akzeptieren. Während die Juristen bei der konsistenten Abfassung des „Reformvertrags“ wieder gefordert sind und ihnen die Politologen dabei behilflich sein können, scheint die Stossrichtung der Europäischen Integration unbestritten eine „ökonomische“ zu bleiben. Der „Reformvertrag“ sieht in den Gemeinsamen Bestimmungen des zu reformierenden EU-Vertrags im neuen Artikel 3 – „Ziele der Union“ - vor: Die Union errichtet einen Binnenmarkt und eine Wirtschafts- und Währungsunion, deren Währung der Euro ist. Mit dem Binnenmarkt „*wirkt die Union auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin.*“

Dass die Europäische Integration ein großes Friedensprojekt ist, wurde eindrücklich durch die jüngste große EU-Erweiterung in Richtung Osteuropa demonstriert. Die Union wird vielfach als „soft power“ bezeichnet, womit wohlmeinende Beobachter meinen, dass die Stärken der Union nicht in der militärischen Macht liegt (diese gibt es derzeit auch noch gar nicht), sondern in den „Werten“. Die Wertegemeinschaft macht – neben der wirtschaftlichen Stärke der EU - die Attraktivität für viele Länder außerhalb und innerhalb Europas aus. Wie sonst wäre es zu erklären, dass die EFTA praktisch zerbröselte ist und nur noch die reichsten Länder Europas sich ein Abseitsstehen leisten können (Norwegen und Schweiz sind Musterbeispiele). Wie sonst wäre der immense Drang der Osteuropäer in Richtung EU nach der Ostöffnung zu erklären gewesen. Wie sonst als wegen der ökonomischen paradiesischen Perspektiven ist der unwiderstehliche und vielfach fatale Migrationszug von Afrika nach Europa zu erklären?

Die Union ist – wie schon Jacques Delors anlässlich des Irak-Kuweit-Konflikts zu sagen pflegte – wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg und militärstrategisch eine Maus. Tatsächlich ist die EU eine Welthandelsgroßmacht mit Weltmarktanteilen weit vor den USA, Japans und Chinas.

Unbestritten ist die Europäische Integration ein immens interdisziplinäres Projekt (vor allem eines der Eliten – wie die zunehmende Skepsis des europäischen „Fußvolkes“ zeigt) mit dem Endziel, eine friedliche politische Entität (Wertegemeinschaft) zu schaffen, die die Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstandes ihrer BürgerInnen als ureigenstem Ziel vor Augen hat. Dabei geht es noch gar nicht um eine wissenschaftliche Bewertung, sondern um reale Ziele.

Wissenschaftlich können alle drei genannten Wissenschaften Beiträge leisten.

Dabei muss man wohl unterscheiden zwischen der Integrationsrealität bzw. ihren Zielen, wie sie von der Bevölkerung in den EU-Mitgliedstaaten wahrgenommen werden und der Forschung und Lehre über Integrationsfragen. Erstere spielt sich vorwiegend auf politischer und ökonomischer Ebene ab, während die Forschung, die Wirkungen und Zusammenhänge ergründen soll, zwangsläufig stark vom juristischen Unterbau des EU-Projektes lebt, der aber von der normalen Bevölkerung kaum wahrgenommen, geschweige denn voll verstanden wird.

3. Der österreichische EU-Beitritt als Anstoß zur Europaforschung

Die Veröffentlichung des „*Weißbuches über die Vollendung des Binnenmarktes*“ im Juni 1985 durch die Europäische Kommission und dessen Annahme durch den Europäischen Rat hat die Regierungen und die Wirtschaftstreibenden in den nicht der EG angehörenden Staaten wachgerüttelt. Nach einer langen Phase des integrationspolitischen Stillstandes in Europa (der letzte große Schritt war die handelspolitische Vereinigung von EG und EFTA in den Freihandelsabkommen von 1972) bedeutete die Schaffung eines funktionierenden Binnenmarktes einen großen und längst notwendigen qualitativen Integrationsschritt vorwärts, der weit über eine Handelsliberalisierung hinausgehen würde. Dies wurde auch allmählich in Österreich zur Kenntnis genommen. Die EFTA-Mitgliedschaft allein genügte nicht mehr um im Konkurrenzkampf mit Teilnehmern am Binnenmarkt nicht ins Hintertreffen zu geraten.

In Österreich wurde ein Beitritt zur EWG und späteren EG mit dem Argument der Neutralität lange Zeit apodiktisch ausgeschlossen. Erst die bahnbrechende Studie von Hummer-Schweitzer (1987) hat juristisch fundiert begründet, dass für eine Vollmitgliedschaft Österreichs in der EG keine neutralitätsrechtlichen Bedenken bestehen. Damit war der Bann in Österreich gebrochen und ein EG-Beitritt wurde plötzlich (neben anderen Optionen – wie sie etwa die Schweiz mit ihrer Strategie der bilateralen Abkommen einschlug; siehe Breuss, 2005) für möglich erachtet. In der Phase der Meinungsfindung innerhalb der Parteien und Verbände (eine detaillierte Beschreibung dieser Phase findet man in Gehler-Steininger, 1994 und Breuss, 1996), welche Strategie der Annäherung Österreich wählen sollte, wurden diverse Studien in Auftrag gegeben.

Die erste umfangreiche ökonomische Analyse verschiedener Optionen – eine Abschätzung der Vorteile einer Teilnahme am Binnenmarkt als Vollmitglied und der Kosten des Abseitsstehens – verfassten Breuss und Stankovsky (1988). Rasch darauf beauftragte das Bundesministerium für Finanzen das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) mit einer Untersuchung, wie groß der ökonomische Nutzen eines EG-Beitritts wäre und welche wirtschaftlichen Kosten ein Nichtbeitritt verursachen würde. Diese Studie wurde mittels Simulationen mit dem WIFO-Makromodell von Breuss und Schebeck (1989) durchgeführt. Es wäre vermessen zu behaupten, dass diese Studien die Europapolitik der österreichischen Regierung maßgeblich beeinflussten.

Unbestritten aber ist, dass die juristische Hummer-Schweitzer-Studie den politischen Boden geebnet hat und die ökonomischen Studien von Breuss-Stankovsky und Breuss-Schebeck nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, dass die Bundesregierung sich entschloss, einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG zu stellen. Das Beitritts-gesuch hat dann offiziell Außenminister Alois Mock am 14. Juli 1989 der europäischen Kommission in Brüssel überreicht.

Wie erinnerlich hat der Beitrittsprozess vier Jahre gedauert. Dessen Ergebnis – der Beitrittsvertrag - wurde 1994 einer Volksabstimmung unterzogen. Aufgrund des positiven Ausgangs war es Österreich möglich, am 1. Jänner 1995 der EU beizutreten. Das Jahr 1989 hat aber nicht durch die Abgabe des österreichischen EU-Beitritts-gesuchs welthistorische Bedeutung erlangt. Im Jahr 1989 sind viel aufregendere Weltereignisse in Osteuropa passiert, ohne dass deswegen das „Ende der Geschichte“ angebrochen wäre. Deswegen wird das Jahr 1989 wohl als welthistorischer Einschnitt in die Geschichtsbücher Europas eingehen. Im Zuge einer friedlichen Revolution implodierten in Osteuropa die kommunistischen Regime: die UdSSR entließ ihre einstigen Satelliten in Osteuropa in die Unabhängigkeit. In Berlin fiel die „Mauer“. Der Kommunismus dankte zugunsten Demokratie und Marktwirtschaft ab und letztlich löste sich 1991 die UdSSR – eine einst mit den USA gleichwertige Supermacht – auf. Zu Jahresbeginn 1989 hielt Kommissionspräsident Jacques Delors vor dem Europäischen Parlament eine viel beachtete Rede, in der er als Alternative zu EG-Beitritten ein Abkommen zwischen EG- und EFTA-Staaten über einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vorschlug. Österreich nahm pflichtgemäß als EFTA-Mitglied im Jahr 1994 am EWR teil. Ziel war aber ohnehin der EU-Beitritt. Eine Abschätzung der ökonomischen Folgen eines EWR-Beitritts wurde damals von Breuss und Schebeck (1991) mit folgendem Ergebnis erstellt: in der Rangfolge des ökonomischen Nutzens (gemessen am potentiellen Wirtschaftswachstum) rangierte ein Beitritt zur EG vor dem EWR-Beitritt und dieser vor einem Nichtbeitritt.

Mein persönlicher Berufsweg war zu jener Zeit stark mit all diesen Aktivitäten – d.h. Studien in Vorbereitung auf den österreichischen EU-Beitritt – verknüpft. Nicht zuletzt auf Grund dieser Expertise in Europafragen wurde ich im März 1993 zum Universitätsprofessor für das Fach „Europäische Wirtschaft“ am im Februar 1990 von Professor Stefan Griller gegründeten Forschungsinstitut für Europafragen (seit 2004 „Europainstitut“ genannt) an der

Wirtschaftsuniversität (WU) Wien berufen (Berufungsvortrag, siehe Breuss, 1992). Im Jahr 1995 erhielt ich von der Europäischen Kommission im Rahmen des Jean-Monnet-Programmes¹ den Titel Jean Monnet Professor für „wirtschaftliche Aspekte der Europäischen Integration“. Seither lehre und forsche ich am Europainstitut, dessen Vorstand ich 1994-1995 war. Seither bekleide ich die Position des stellvertretenden Leiters. Zusätzlich leite ich im Rahmen des Departments Volkswirtschaft an der WU-Wien auch die akademische Einheit „Europäische Wirtschaft“. Seit meiner „Übersiedlung“ vom WIFO – meinem langjährigen Vollzeit Arbeitsplatz – an die WU-Wien, bin ich dem alten Institut noch als Teilzeitökonom verbunden. Während ich vormals Studien zu Fragen der europäischen Integration vorwiegend im WIFO publizierte, hat sich der Schwerpunkt der Publikationstätigkeit ins Europainstitut verlagert.

Das *Europainstitut* an der WU-Wien² ist derzeit mit drei Professuren – Gerhard Fink (Betriebswirtschaft), Stefan Griller (Europarecht) und Fritz Breuss (Volkswirtschaft) besetzt. Es wurde 1998 im Rahmen des Jean-Monnet-Programmes mit dem Titel „Jean Monnet Centre of Excellence“ für Europaforschung und Lehre über Europa ausgezeichnet. Alle drei Professoren des Europainstituts sind Inhaber eines Jean Monnet Chairs für ihr jeweiliges Fachgebiet im Zusammenhang mit Europafragen.

Meine Forschungsschwerpunkte sind seither – neben dem Bereich Internationale Wirtschaft - Europäische Integration, insbesondere die quantitative Analyse der wirtschaftlichen Auswirkungen der Europäischen Integration mittels Modellsimulationen. Ich habe mich allmählich vom „reinen“ Außenhändler zum „Europäer“ entwickelt. Neben den Studien über die möglichen ökonomischen Auswirkungen im Vorfeld des österreichischen Beitritts zum EG-Binnenmarkt waren später, vor der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) durch den Maastrichter Vertrag, auch Evaluierungen der Teilnahme Österreichs an der WWU seitens der Bundesregierung gefragt (siehe Baumgartner et al., 1997).

Neben der begleitenden Analyse der ökonomischen Auswirkungen der schrittweisen Integration (Vertiefung) der EU über Binnenmarkt und WWU, wurde die große „Osterweiterung“ – die 5. EU-Erweiterung 2004 und 2007 – zur großen Herausforderung für Ökonomen. Auch auf diesem

¹ Siehe die Webseite des „Jean Monnet Programme – Understanding European Integration“:
http://ec.europa.eu/education/programmes/ajm/index_en.html

² Näheres über das Europainstitut, siehe die Webseite: <http://www.wu-wien.ac.at/europainstitut>

Gebiet ergaben sich zahlreiche Möglichkeiten, die ökonomischen Effekte abzuschätzen. In einer Modellsimulation mit dem Oxford Economic Forecasting Makroweltmodell wurden die Effekte der Erweiterung von 2004 für die alten und die neuen EU-Mitgliedstaaten abgeschätzt (siehe Breuss, 2001 und 2002). Die Beitritte Bulgariens und Rumäniens im Zuge der Erweiterung von 2007 wurden ebenfalls – in diesem Fall mit eigens konstruierten Modellen – bewertet (siehe Breuss, 2007). Ergebnis: die neu beitretenden Länder (meist ehemalige Transformationsländer aus Mittel- und Osteuropa) profitieren vom EU-Beitritt 10 mal so viel wie die alten EU-Mitgliedstaaten. Von letzteren ist Österreich von der Ostöffnung und der 5. EU-Erweiterung der Hauptgewinner (siehe Breuss, 2006A).

Voraussetzung für die Verleihung des Titels Jean Monnet Professor ist neben der Forschung über Europa auch die Verpflichtung, den Europagedanken in der Lehre zu verbreiten. Ich halte an der WU-Wien regelmäßig Vorlesungen ab, die zum einen direkt mit Europafragen zu tun haben bzw. Vorlesungen, in denen Außenwirtschaft mit Europäischer Integration verknüpft sind. Zu den „reinen“ Europalehrveranstaltungen zählen eine wirtschaftspolitische Vorlesung über die *„Erweiterung der Europäischen Union“* sowie drei Seminare: ein wirtschaftspolitisches Seminar über *„Europäische Integration“*, ein interdisziplinäres *„Europakolloquium“* sowie ein Doktorandenseminar über *„Europäische Integration aus volkswirtschaftlicher Perspektive“*. Zu den „gemischten“ Europalehrveranstaltungen zählen meine beiden Hauptvorlesungen: zum einen über *„Reale Außenwirtschaft und Europäische Integration“* (dazu habe ich ein eigenes Lehrbuch verfasst: Breuss, 2003) und *„Monetäre Außenwirtschaft und Europäische Integration“* (das eigens dafür verfasste Lehrbuch, siehe Breuss, 2006B). Abwechselnd halte ich diese beiden Lehrveranstaltungen für Nicht-Volkswirte getrennt und dann wieder nur für Volkswirte unter einem gemeinsamen Titel *„Internationale Wirtschaft und Außenwirtschaft“* ab.

Neben der Schriftenreihe des Europainstituts, in der Bücher im Springer-Verlag zu allen Aspekten der europäischen Integration publiziert werden, gibt es noch eine zweite Schiene für Publikationen, nämlich die Schriftenreihe von ECSA-Austria, die ebenfalls im Springer-Verlag erscheint. Mit ECSA-Austria (ECSA steht für European Community Studies Association)³ – einem Verein, dessen Präsident ich bin - sind wir mit dem internationalen Netzwerk von ECSA

³ Siehe die Webseite von ECSA Austria: <http://www2.wu-wien.ac.at/ecsa/ecsa.htm> mit den entsprechenden Links.

World verbunden, die zum einen über Fragen der europäischen Integration publizieren oder Konferenzen abhalten. Wir publizieren die Ergebnisse der jährlichen Konferenzen von ECSA-Austria in unserer Schriftenreihe. Jedes zweite Jahr veranstalten wir darüberhinaus eine Dreiländer-ECSA-Konferenz mit den entsprechenden Vereinen in Deutschland und in der Schweiz. Daneben gibt ECSA-Austria mit den *European Integration online Papers* (EIoP)⁴ auch eine der wenigen internationalen online-Zeitschriften über Europafragen heraus, die ganz im Sinne der Interdisziplinarität Juristen, Ökonomen und Politologen offen steht.

4. Das schwindende Interesse an Europa

Während sich das wandelnde Europa (Binnenmarkt, WWU, Erweiterung, Verfassungs- oder Reformvertrag) für Spezialisten als ein immer fruchtbringenderes Forschungsfeld erweist, wendet sich die Bevölkerung in den meisten Mitgliedstaaten immer stärker vom „Friedensprojekt“ Europa ab. Das scheint mehrere Gründe zu haben:

- 1) Zum einen mutiert das Europaprojekt wegen seiner zunehmenden Komplexität immer mehr zum Elitenprojekt.
- 2) Wie die regelmäßigen Umfragen von Eurobarometer belegen, ist die Zustimmung zur Union immer breit gestreut. Ein Trend scheint sich aber abzuzeichnen: die jeweils neu der EU beitretenden Länder haben anfangs noch große Illusionen über die erwarteten „Wohltaten“ einer EU-Mitgliedschaft. Mit zunehmender Normalität schwindet diese (vielfach auch falsch verstandene) Europaeuphorie.
- 3) Die mangelnden Möglichkeiten zur Mitsprache bei Großprojekten der europäischen Integration wie die Einführung des Euro 1999 und die großen Erweiterungsrunden 2004 und 2007 baut bei der Bevölkerung ein Frustrationspotential auf. Bekommt die Bevölkerung dann einmal Gelegenheit, zu einem speziellen Thema der europäischen Integration wie z.B. über den „Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE)“ gefragt zu werden, so läßt sie ihren aufgestauten „Europafrust“ ganz einfach dadurch ab, dass sie zur gerade aktuellen Vorlage Nein sagt, obwohl diese nicht unbedingt mit der Ursache des „Frusts“ etwas zu tun haben muss. So geschehen anlässlich der Referenden über den VVE in den Gründungsstaaten Frankreich und in den Niederlanden im Jahr 2005.

⁴ Siehe die Webseite von EIoP: <http://eiop.or.at/eiop/index.php/eiop>

- 4) Die letzte große, die fünfte EU-Erweiterung 2004 und 2007 wird – wie die Eurobarometer-Umfragen bestätigen – von der Bevölkerung vieler EU-Mitgliedstaaten abgelehnt. Paradoxerweise gibt es die größte Skepsis gerade in jenen Ländern (wie z.B. in Österreich und Deutschland), die am meisten davon wirtschaftlich profitieren. Dasselbe gilt in noch größerem Ausmaß für die künftigen potentiellen Erweiterungen um Länder des Westbalkans und insbesondere um die Türkei. Dahinter steht - nicht ganz unbegründet - die Angst um die Arbeitsplätze in den alten EU-Staaten. Die letzte große EU-Erweiterung (und auch die künftigen) unterscheiden sich von den vorangegangenen dadurch, dass 2004 und 2007 zum ersten Mal reiche mit armen Ländern integriert wurden. Die Einkommenskluft zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten ist unüblich hoch. Sie erreicht ein Verhältnis von bis zu 10:1. Diese Konstellation löst zwangsläufig Migrationsströme aus, wenn nicht jetzt wegen der Übergangsregelungen bei der Freizügigkeit, dann nach Ablauf derselben.
- 5) Es könnte aber auch ein ökonomisches Argument hinter der zunehmenden „Europamüdigkeit“ stecken. Ich bezeichne es das „Integrationspuzzle“. Gemeint ist damit die Tatsache, dass die EU durch die zunehmende Integrationsvertiefung (Zollunion, Binnenmarkt, Euroeinführung) und fünf Erweiterungen theoretisch eigentlich ständig neue Wachstumsimpulse hätte bekommen müssen. Dies prognostizierten zumindest die meisten Ökonomen – auch ich in zahlreichen Studien! Tatsächlich war die Wachstumsperformance der EU aber in allen Unterperioden der verschiedenen Integrationsstufen und Erweiterungen immer schlechter als jene des Vergleichslandes USA. Die USA haben integrationspolitisch (außer der Errichtung der Freihandelszone NAFTA) keine mit der EU vergleichbaren stetigen Integrationsschritte gesetzt. Auch dieses Faktum könnte die Bevölkerung der EU ankreiden und sich fragen: Wo bleibt der vielfach (auch von Ökonomen!) versprochene Integrationsbonus einer EU-Mitgliedschaft?

Auch als Lehrer an der Universität kann man das schwindende Interesse der Studierenden an Europafragen feststellen. Rund um den österreichischen EU-Beitritt war das Interesse an Europa generell am größten. Europa hatte als Thema einen großen Neuigkeitswert. Seither ist Normalität angesagt. Europafragen mutieren zu einem zu einem Spezialthema (z.B. Europarecht oder Europäische Wirtschaftspolitik), verschmelzen aber im Übrigen mit den anderen Fächern als integrierter Bestandteil derselben. Nach wie vor großes Interesse an EU-Fragen stelle ich bei den

Newcomern in der EU fest, also in meiner Vorlesung „EU-Erweiterung“ bei StudentInnen aus den neuen Mitgliedstaaten. Exkursionen zu den diversen Institutionen nach Brüssel hinterlassen aber nach wie vor bei unseren StudentInnen einen nachhaltigen Eindruck.

5. Quo vadis Europa?

Die stetige EU-Erweiterung ermüdet das Fußvolk! Die Abstrafung in den VVE-Referenden in Frankreich und in den Niederlanden hat tiefe Spuren hinterlassen. Zum einen muss der VVE repariert werden, was nun durch den „Reformvertrag“ geschieht. Zum anderen haben diese demokratiepolitischen Tiefschläge einen Trend zur Renationalisierung der Interessen der Politiker der EU-Mitgliedstaaten ausgelöst. Mit Europathemen kann man offensichtlich im eigenen Land keine Wahl gewinnen. Daher wird von den verantwortlichen Politikern das berühmte Doppelspiel gespielt: in den Räten in Brüssel gerieren sich alle europäisch, zuhause wird auf Brüssel geschimpft. Diese Attitüde lässt nichts Gutes für die Zukunft der Union oder – wie ich mir wünschen würde – den Vereinigten Staaten von Europa erahnen. Extrapoliert man den Trend der zunehmenden Europamüdigkeit in die Zukunft, so könnte man sehr leicht zum Schluss kommen, dass das Projekt Europa – mangels Zustimmung durch das „Europavolk“ - eher zum Untergang verurteilt ist. Zwar kann man sich leicht vorstellen, dass die EU bis zum Jahr 2030, wenn sie den Erweiterungsprozess so elitär wie bisher fortsetzt, durchaus auf 40 Länder angewachsen sein wird. Die EU könnte sich aber auch bei fortgesetzter Bevorzugung nationaler vor europäischen Interessen zurückentwickeln zu so etwas wie einer besseren Freihandelszone. Auch den Euro könnte man sich, wenn die Disziplinlosigkeit im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakt so weiter geht wie in der jüngsten Vergangenheit, bald schenken und wieder nationale Währungen in Europa einführen.

6. Literatur

- Baumgartner, J., Breuss, F., Kramer, H., Walterskirchen, E., Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion, WIFO-Gutachten im Auftrag des Bundesministerium für Finanzen, Wien, Februar 1997.
- Breuss, F., Österreichs Außenwirtschaft 1945- 1982, Signum-Verlag, Wien 1983.
- Breuss, F., „Ökonomische Integrationsforschung in Vergangenheit und Zukunft“, Wirtschaftspolitische Blätter, Heft 5/6, 39. Jg., 1992, 608-625.
- Breuss, F., Austria's Approach towards the European Union, Europainstitut (vormals Forschungsinstitut für Europafragen an der WU-Wien), IEF Working Paper Nr. 18, April 1996.
- Breuss, F., „Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder“, WIFO-Monatsberichte 11/2001, 655-666.
- Breuss, F., „Benefits and Dangers of EU Enlargement“, Empirica, Vol. 29, No. 3, 2002, 245-274.
- Breuss, F., Reale Außenwirtschaft und Europäische Integration, Peter Lang – Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main-Berlin-Bern-Bruxelles-New York-Oxford-Wien, 2003.
- Breuss, F., „Österreich und Schweiz – Erfahrungen mit und ohne EU-Mitgliedschaft“, WIFO-Monatsberichte 10/2005, 681-714.
- Breuss, F. (2006A), Ostöffnung, EU-Mitgliedschaft, Euro-Teilnahme und EU-Erweiterung: Wirtschaftliche Auswirkungen auf Österreich, WIFO Working Papers, Nr. 270, March 2006.
- Breuss, F. (2006B), Monetäre Außenwirtschaft und Europäische Integration, Peter Lang – Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main-Berlin-Bern-Bruxelles-New York-Oxford-Wien, 2006.
- Breuss, F., A Prototype Model of EU's 2007 Enlargement, Europainstitut an der WU-Wien, EI Working Paper No. 76, May 2007.
- Breuss, F., Schebeck, F., Die Vollendung des EG-Binnenmarktes. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen für Österreich. Makroökonomische Modellsimulationen, WIFO Gutachten im Auftrag des Bundesministerium für Finanzen, Wien, März 1989.
- Breuss, F., Schebeck, F., „Österreich im EWR. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen“, WIFO Monatsberichte, Wien 5/1991, 285-290.
- Breuss, F., Stankovsky, J., Österreich und der EG-Binnenmarkt, Signum-Verlag, Wien 1988.
- Gehler, M., Steininger, R. (Hrsg.): Österreich und die europäische Integration 1945-1993: Aspekte einer wechsellvollen Entwicklung, Böhlau-Verlag, Wien-Köln-Weimar 1993.
- Hummer, W., Schweitzer, M., Österreich und die EWG. Neutralitätsrechtliche Beurteilung der Möglichkeiten der Dynamisierung des Verhältnisses zur EWG, Signum-Verlag, Wien 1987.